

Nicht mit ihnen und nicht ohne sie

Von Arnim erneuert seine Kritik
am Parteienstaat und plädiert für
mehr direkte Demokratie

VON CHRISTIAN BOMMARIUS

Erneut ist ein notwendiges Buch erschienen, das alle Kritik am Zustand des Parlamentarismus, an den Beutezügen der Parteien, an der Hinfälligkeit des Föderalismus und an der Entmündigung des Bürgers noch einmal bündig benennt und die Verantwortlichen schonungslos geißelt. Wiederum hat Hans Herbert von Arnim, schon vielfach hervorgetreten mit bündigem Benennen und schonungslosem Geißeln, Zeugnis gegeben von der Lage der Nation und ihrer Verfassung. In früheren Werken hatte er sich damit begnügt, partielle Defizite („Staat ohne Diener“) und chronisches Übergewicht („Fetter Bauch regiert nicht gern“) zu entlarven. Jetzt hat der Verfassungsrechtler das Ganze in den Blick genommen. Ob er es tatsächlich gesehen hat, verrät er nicht, sein Buch handelt nur „Vom schönen Schein der Demokratie“.

Um es vorwegzunehmen: von Arnims auf 391 Seiten ausgebreitete Kritik ist – en gros und en detail – berechtigt. Zu Recht konstatiert er die „fortschreitende Selbstauflösung der Bundesländer“ und die schrittweise Entmachtung der Länderparlamente, deren Abgeordnete zwar so gut wie nichts mehr gestalten können, sich diesen Kompetenzverlust aber mit einer „goldenen Nase“ versilbern lassen. Selbst einem nur durchschnittlich am politischen

Leben interessierten Zeitgenossen wird nicht entgangen sein, dass der Einfluss der Landesregierungen auf die Bundespolitik in den vergangenen Jahrzehnten zugleich kontinuierlich gewachsen ist – vormals waren nur zehn Prozent der Bundesgesetze so genannte Zustimmungsgesetze, heute sind mehr als 50 Prozent von der Zustimmung der Landesregierungen im Bundesrat abhängig. Das entspricht erstens nicht der vom Grundgesetz gewollten Machtbalance zwischen Bundestag und Bundesrat, zweitens aber ist es die direkte Folge von Abspra-



Hans Herbert von Arnim:

Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung, am Volk vorbei. Droemer Knaur, München 2000. 391 S., 44,90 Mark.

chen „zu Lasten Dritter“ (von Arnim): Die Länder haben dem Bund im Lauf der Zeit immer mehr Gesetzgebungsbefugnisse abgetreten, ihre Zustimmung zu den dafür erforderlichen Grundgesetzänderungen ließen sich die Ministerpräsidenten jedoch mit der Ausweitung ihres Vetorechts in der Bundesgesetzgebung bezahlen. Das stärkte zwar die „Länderfürsten“, forcierte aber die Entmachtung der Länderparlamente.

Kritik wird durch Wiederholung nicht falsch. Das gilt auch für von Arnims Kritik an den politischen Parteien und den Berufspolitikern, die – nicht erst seitdem Helmut Kohl die Institutionen durch sein Netzwerk ersetzte – den politischen Wettbewerb nicht zuletzt zur Sicherung und Durchsetzung der Eigeninteressen betreiben und den Staat weniger als Aufgabe, vielmehr als Beute begreifen.

Von Arnim aber betrachtet die „politische Klasse“ als Fettlebe, als Parasit, der sich an der Wirtszelle – dem Gemeinwohl und der Demokratie – seit Jahr und Tag rücksichtslos mästet. Gelegentlich sind seine Gedanken von den Tiraden Oswald Spenglers kaum zu unterscheiden: „Wir haben kein Vaterland mehr, sondern Parteien; keine Rechte, sondern Parteien; kein Ziel, keine Zukunft mehr, sondern Interessen von Parteien“ (Spengler, „Neubau des Deutschen Reiches“, 1924). Das Problem ist weniger, dass von Arnims Thesen falsch, sondern – im Gegenteil – dass sie richtig sein könnten. Wie will er die Länderparlamente und die plebiszitären Elemente auf allen Ebenen stärken, wie will er den Einfluss der Wähler auf die Auswahl und Wahl der Kandidaten erhöhen und wie den Parteienstaat zurückdrängen – ohne die Parteien? Aus allen Schriften von Arnims ist der Ruf zu hören: Mit den Parteien geht es nicht! Frage: Geht es ohne sie?

Er wird sie schon brauchen, wenn er die schönen, die klugen, die bürgerfreundlichen Reformen ins Werk setzen will. Ohne sie geht es nicht, weder bei der Reform des Föderalismus noch bei der Reform der Parteienfinanzierung (hier allerdings könnte das Bundesverfassungsgericht irgendwann behilflich sein). Warum es ohne Parteien nun einmal – Gott sei's geklagt – nicht geht, verriet vor einiger Zeit ein Beamtenjahrbuch: „Ohne das parlamentarische System würde die ganze europäische Kultur, Deutschland und Frankreich verloren sein.“ Das war im Jahr 1930. Die Beamten haben bekanntlich Recht behalten.